

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
22.05.2023
Ausschussbetreuender Fachbereich
Kämmerei
Schriftführung
Anna-Lena Rohde
Telefon-Nr.
02202-142612

Niederschrift

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
Sitzung am Mittwoch, 22.03.2023

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 18:23 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe Auflistung unter TOP Ö 1

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung (20.10.2022) - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4.1 Sachstandsinformation zum Schuldenstand
0170/2023**
- 5 VII. Änderungssatzung zur Hauptsatzung**

0686/2022

- 6 Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes 01.01.384
Hydraulische Sanierung Odinweg / am Stockbrunnen
0003/2023**
- 7 Erhöhung des pauschalierten städtischen Zuschusses für den Förderverein des
Bergischen Museums ab 01.01.2023
0025/2023**
- 8 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung: Antragstellung „Impulsförderung
Kommunale Wärmeplanung“ und Bereitstellung konsumtiver Mittel im Haushalt
2024
0124/2023**
- 9 Jahresabschlüsse 2022 der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG und Zukunft
Stadt Profil Verwaltungs-GmbH
0156/2023**
- 10 Wirtschaftsplan 2023 der GL Service gGmbH
0674/2022**
- 11 Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach als Gesellschafterin zur "NRW.Urban
Kommunale Entwicklung GmbH"
0120/2023**
- 12 Aufhebung der Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer in der Stadt
Bergisch Gladbach (Wettbürosteuersatzung)
0118/2023**
- 13 Darstellung der aktuellen personellen Situation im Fachbereich Finanzen
0152/2023**
- 14 Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2023
0578/2022/1**
- 15 Satzung zur Unterstützung der Sanierung des Haushaltes der Stadt Bergisch
Gladbach und zur Sicherstellung einer nachhaltigen Haushaltswirtschaft
0154/2023**
- 16 Haushalt 2023
0171/2023**
- 17 Anträge der Fraktionen**
- 18 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Hans Josef Haasbach, eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Teilnehmenden und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Folgende Ausschuss- und Verwaltungsmitglieder nehmen an der heutigen Sitzung teil:

CDU-Fraktion:

Birgit Bischoff
Hans Josef Haasbach
Christian Held
Harald Henkel
Elke Lehnert
Heinz-Bernd Padberg

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Claudia Bacmeister
Anna-Maria Scheerer
Collin Eschbach
Dr. Friedrich Bacmeister
David Kirch

SPD-Fraktion:

Klaus W. Waldschmidt
Klaus Orth
Corvin Kochan

FDP-Fraktion:

Dr. Alexander-Simon Engel

Fraktion Freie Wählergemeinschaft:

Rainer Röhr

Bergische Mitte Fraktion:

Iro Herrmann

AfD-Fraktion:

Jürgen Niemann

Verwaltung:

Thore Eggert – VVI Stadtkämmerer
Harald Schäfer – Fachbereichsleitung 2
Sascha Inderwisch – Fachbereichsleitung 9
Jörg Köhler – Fachbereichsleitung 10
Bernhard Bertram – FB 2-25
Yvonne Steidle – FB 2-20
Rebecca Jaschinger – VVI-1
Petra Weymans – FB 4-41

Caroline Stoll - Auszubildende

Schriftführung: Anna-Lena Rohde – FB 2-20

Außerdem stellt Herr Haasbach die heutigen Beratungsunterlagen vor:

Einladung vom 02.03.2023

mit den Vorberatungsergebnissen zu Ö 6, Ö 7, N 4 und N 6 und ersten Haushaltsvorberatungsergebnissen zu Ö 16

Anschreiben vom 16.03.2023 mit folgenden Unterlagen

- Änderungsantrag der CDU-Fraktion
- Antwortschreiben auf Frage im Ausschuss für die Konversion des Zanders-Geländes
- Vorberatungsergebnisse der Fachausschüsse zum Haushalt

Tischvorlagen

- Vorberatungsergebnis zu TOP Ö 5
- Vorberatungsergebnis zu TOP Ö 14
- Stellungnahmen CDU-Antrag (Verwaltung + Personalrat) zu TOP Ö 15
- Eingegangene Anträge: 2x Fraktion SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu TOP Ö 15 und TOP Ö 16, 1x Fraktion Freie Wählergemeinschaft zu TOP Ö 15
- Vorberatungsergebnis des Hauptausschusses zu TOP Ö 16

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung (20.10.2022) - öffentlicher Teil

Herr Haasbach stellt fest, es lägen keine schriftlichen Einwendungen vor; mündliche Einwendungen wurden ebenfalls nicht erhoben.

Die beiden als in der Niederschrift gekennzeichneten nachzureichenden Anlagen würden nachgeliefert.

Damit gilt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften vom 20.10.2022 – öffentlicher Teil – als genehmigt.

3. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Keine

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Keine

**4.1. Sachstandsinformation zum Schuldenstand
0170/2023**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

5. **VII. Änderungssatzung zur Hauptsatzung**
0686/2022

Der Ausschuss folgt dieser im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderten Beschlussempfehlung aus dem Hauptausschuss an den Rat einstimmig.

Die der Vorlage als Anlage beigefügte VII. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates unter Berücksichtigung der folgenden Änderung beschlossen:

Artikel 1 der VII. Änderungssatzung erhält die folgende Fassung:

„Artikel 1

§ 4 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„§ 4

Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW

- (1) Jede Einwohnerin oder jeder Einwohner der Stadt Bergisch Gladbach, die oder der seit mindestens drei Monaten in der Stadt Bergisch Gladbach wohnt sowie jeder eingetragene Verein in Bergisch Gladbach hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuches mit Anregungen oder Beschwerden an den Rat zu wenden. Anregungen und Beschwerden müssen eine Angelegenheit der Stadt Bergisch Gladbach betreffen. Anregungen und Beschwerden, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt Bergisch Gladbach fallen, kann die Bürgermeisterin/der Bürgermeister an die zuständige Stelle weiterleiten. Die Antragstellerin/der Antragsteller ist hierüber zu unterrichten. Eingaben von Bürgerinnen/Bürgern, die weder Anregungen noch Beschwerden zum Inhalt haben (z.B. Fragen, Erklärungen, Ansichten etc.), sind ohne Beratung von der Bürgermeisterin/vom Bürgermeister zurückzugeben.“

6. **Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes 01.01.384**
Hydraulische Sanierung Odinweg / am Stockbrunnen
0003/2023

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „01.01.384 Hydraulische Sanierung Odinweg / Am Stockbrunnen“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.

7. **Erhöhung des pauschalierten städtischen Zuschusses für den Förderverein**
des Bergischen Museums ab 01.01.2023
0025/2023

Der Ausschuss gibt dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

1. **Der pauschalierte städtische Zuschuss für den Förderverein des Bergischen Museums wird rückwirkend ab dem 01.01.2023 von bisher 71.200 EUR auf 79.000 EUR jährlich erhöht; wie bisher auch weiterhin mit pauschalierter Erhöhung um 1 % p.a. ab 2024.**

Die Verwaltung wird beauftragt den Vertrag mit dem Förderverein entsprechend anzupassen.

2. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind in der Finanzplanung zu berücksichtigen und im Haushalt der Folgejahre bereitzustellen. Die erforderlichen Mittel für 2023 sind über die Änderungsliste in die Haushaltsverhandlungen eingebracht.

8. **Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung: Antragstellung „Impulsförderung Kommunale Wärmeplanung“ und Bereitstellung konsumtiver Mittel im Haushalt 2024**
0124/2023

Herr Dr. Bacmeister weist darauf hin, dass es nach seinen Informationen inzwischen möglich sei, für diese Vorplanung nicht nur 90 % sondern bei finanzschwachen Kommunen bis zu 100 % Förderung zu erhalten.

Herr Eggert antwortet, dass er davon ausgehe, dass Bergisch Gladbach nicht als finanzschwache Kommune gelte. Er nehme das Thema dennoch gerne auf, um die höchstmögliche Förderung zu erlangen.

Herr Herrmann äußert, dass er in dieser Vorlage das Problem des vorauseilenden Gehorsams sehe: Zurzeit gebe es eine Förderung, also wolle man den Antrag rechtzeitig stellen, weil die Sorge bestehe, dass das Thema zur Pflicht und dann nicht mehr gefördert werde.

Der Ausschuss gibt dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

Die dieser Vorlage als Anlage beigefügte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 Absatz 1 GO NRW genehmigt.

9. **Jahresabschlüsse 2022 der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG und Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH**
0156/2023

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fasst folgende Beschlüsse:

1. Der Zwischenabschluss der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG zum 31.12.2022, wird mit Aktiva und Passiva von 90.539,63 € und einem Fehlbetrag, bzw. einem auf Kapitalkonten der Stadt Bergisch Gladbach zu belastenden Betrag, von 3.523,44 € festgestellt bzw. hilfweise gebilligt.
2. Der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG werden für das Geschäftsjahr 2022 entlastet.
3. Herr Bürgermeister Frank Stein wird als der städtische Gesellschaftervertreter in der Gesellschafterversammlung der Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH nach § 113 (1) GO NRW bevollmächtigt:
 - In der Bilanz zum 31.12.2022 Aktiva und Passiva mit 26.500 € und in der Gewinn- und Verlustrechnung das Jahresergebnis 2022 mit 0 € festzustellen.
 - Die Geschäftsführung der Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH für das Geschäftsjahr 2022 zu entlasten.

10. Wirtschaftsplan 2023 der GL Service gGmbH
0674/2022

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig folgende Beschlussfassung:

Die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH (GL Service) stelle, vorbehaltlich eines Weisungsbeschlusses des Rates, am 14.12.2022 den Wirtschaftsplan 2023 der GL Service nach § 10 Nr. 1 a) des Gesellschaftsvertrages fest. Der von der Gesellschafterversammlung getroffene Beschluss wird wie folgt gebilligt:

Der Wirtschaftsplan 2023 der GL Service wird festgestellt und eine entsprechende Weisung i.S. §113 (1) GO NRW erteilt.

11. Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach als Gesellschafterin zur "NRW.Urban Kommunale Entwicklung GmbH"
0120/2023

Der Ausschuss gibt dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt den Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach als Gesellschafterin zur „NRW.Urban Kommunale Entwicklung GmbH“ mit einem Geschäftsanteil von 1.000 EUR zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

12. Aufhebung der Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer in der Stadt Bergisch Gladbach (Wettbürosteuersatzung)
0118/2023

Herr Röhr fragt, wie die 90.000 € kompensiert würden.

Herr Schäfer antwortet, dass die fehlenden Erträge i. H. v. 90.000 € im Haushaltsentwurf bereits berücksichtigt seien, sodass die Kompensation letztlich im Rahmen der Gesamtdeckung des Haushaltes erfolge. Zudem seien Stundenreduzierungen des eingesetzten Personals erfolgt.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig folgende Beschlussfassung:

Die als Anlage beigefügte Aufhebungssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer in der Stadt Bergisch Gladbach (Wettbürosteuersatzung) wird beschlossen.

13. Darstellung der aktuellen personellen Situation im Fachbereich Finanzen
0152/2023

Herr Waldschmidt führt an, dass die Vorlage selbstverständlich zum Nachdenken angeregt habe. Es gebe Überstunden und Samstagsarbeit, die nicht abgebaut werden könne. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien teilweise am Ende ihrer Belastbarkeit. Letztendlich sei dies unwirtschaftlich und führe zu fehlender Motivation, höheren Krankheitszeiten und Ähnlichem. Diesem Zustand müsse entgegengewirkt werden. Er fragt, ob es dazu Überlegungen gebe. Denn das sei sozusagen ein Hilferuf an die Politik und da erwarte er, dass die Verwaltung entsprechend Stellung nehme.

Herr Schäfer antwortet, dass man die Situation natürlich nicht einfach laufen lasse, sondern sich schon überlegt habe, wie man gegensteuern könne. Wie in der Vorlage zu lesen, seien insbesondere vier Bereiche besonders stark betroffen: Als erste Abteilung sei das

Wohnungswesen zu nennen. Die Zuständigkeit liege nicht im Finanzausschuss, aber die Abteilung gehöre zum Fachbereich 2.

Durch Antragszahlen aber auch durch die Wohngeldreform gebe es eine Verdreifachung der Fallzahlen. Mit Hilfe des Fachbereiches 1, mit dem Einsatz von Auszubildenden und mit dem Einsatz aus der Personalreserve hätte man hier gegengesteuert. Für diese Abteilung werde ein Stellenplanantrag für den nächsten Haushalt kommen. Das Team habe gut vorgearbeitet und viele organisatorische Maßnahmen getroffen, was Digitalisierungseinsatz etc. angehe. Insofern bekomme man die Situation im Augenblick noch ganz gut gehändelt. Auch die Befürchtung, dass sich die Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger erheblich verlängern könnten, hätte sich bisher nicht bewahrheitet; zu verdanken sei das dem engagierten Einsatz, der Organisation, der Prozessoptimierung und dem hilfsweisen zusätzlichen Personaleinsatz.

Als zweiter Bereich ist die Kämmerei aufzuführen. Hier gebe es eine Umbruchssituation. Einige langjährige erfahrene Kolleginnen und Kollegen seien verabschiedet worden. Man habe eine neue sehr engagierte und gute Abteilungsleitung, die sich aber auch erst einmal einarbeiten müsse. Man beobachte den Bereich und er sei im engen Dialog mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Abteilung. Ob man das Arbeitspensum, wenn alle Kolleginnen und Kollegen eingearbeitet seien, mit vorhandenen Kräften, geschultert bekomme, müsse man sehen.

Dazu müsse man auch sagen, dass das Haushaltsaufstellungsverfahren in diesem Jahr ein besonders herausforderndes für die Gesamtverwaltung gewesen sei. Es habe den Prozess des Überrollens, die Aufstellung des neuen freiwilligen Haushaltssicherungskonzeptes und den Blick auf die 10-Jahres-Planung gegeben. Wenn es nun in den Bereich der Qualitätssicherung gehe, hoffe man, dass sich das Arbeitspensum etwas reguliere. Man habe die Situation im Blick und wenn keine Verbesserung festzustellen sei, werde man darauf reagieren und auf die Politik zugehen.

Der dritte Bereich sei der Bereich der Betriebswirtschaft. Da gebe es einige Anforderungen auch aus der Politik heraus, die durchaus nachvollziehbar seien; insbesondere im Bereich des Investitionscontrollings und der Wirtschaftlichkeitsberechnung. Bisher sei man in Teilen mit sehr geringen Stellenanteilen unterwegs gewesen. Man besetze zurzeit eine Controllingstelle neu und hoffe, dass sich die Situation dann etwas entschärfe.

Als vierter Bereich sei die Geschäftsbuchhaltung zu nennen. Das merke die Politik insbesondere an den verspäteten vorgelegten Jahresabschlüssen. Mit externer Hilfe habe man heute einen kleinen Organisations- und Personalentwicklungsprozess gestartet, um darauf zu reagieren. Die gestellte Überlastungsanzeige in dem Bereich sei schon etwas älter; da habe man damals mit Hilfe des Fachbereiches 1 gegengesteuert. Im Moment sei in dem Bereich eine ziemliche Fluktuation festzustellen. Gerade sei man mit dem Team und einem externen Moderator dabei, die Situation aufzuarbeiten.

Natürlich habe man in der Vorlage nicht nur die Situation geschildert, man sei mit allen Kräften dabei, die Arbeitssituation für die Kolleginnen und Kollegen erträglicher zu gestalten.

Wenn die Politik im Rahmen des Stellenplans gebraucht werde, würde man natürlich auf sie zugehen.

Herr Eggert ergänzt den Wortbeitrag von Herrn Schäfer. Dem Fachbereich 2 gehe es genauso wie allen anderen Bereichen, auch hier gebe es eine Aufgabenmehrung. Die Aufgaben würden immer komplexer und auch die Anforderungen an die Verwaltung würden nicht einfacher. Zur Aufgabenverdichtung kämen eine zunehmende Qualitätssicherung und der Forderungskatalog, der der Verwaltung zurecht auferlegt werde. Mit dem neuen kommunalen Finanzmanagement sei ein theoretisches Instrument geschaffen worden. In Bergisch Gladbach werde die dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortung noch nicht stringent umgesetzt.

IKVS sei ein großer Schritt gewesen, dass die Fragen nicht mehr einzelspezifisch beantwortet werden müssten, sondern sich jeder Einzelne die Informationen selber beschaffen könne.

Die anderen Argumente seien alle dargelegt.

Herr Röhr ist Herrn Eggert und Herrn Schäfer dankbar für die Ausführungen. Er finde es vorbildhaft, wenn eine Abteilung versuche, zunächst, bevor eine Stellenmehrung eintrete, im eigenen Haus zu wirtschaften und etwas zu erreichen. So schwer das sei. In diesem Zusammenhang erinnere er an den Kreis, der eine Vielzahl zusätzlicher Stellen beschlossen habe. Das sei ein Problem, was alle betreffe; insofern müsse anerkannt werden, was hier gemacht werde.

Herr Henkel bedankt sich für die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Fachbereich in diesem Jahr bzw. in den vergangenen Jahren.

Er habe eine inhaltliche Frage; es sei von immensen Überstunden die Rede. Wenn er in IKVS schaue, sehe er unter 01.200 – Finanzmanagement und Rechnungswesen eine Beiführung von 4.044 € für die Rückstellung von Überstunden. Wenn man von einem Stundensatz von 50 € ausgehe, wären das 80 Stunden im Jahr; das könne er nicht nachvollziehen. Wie komme dieser Betrag zustande?

Herr Schäfer antwortet, dass dies davon abhängen würde, in welchen Bereichen welche Belastungssituationen vorzufinden seien. Einen Mitarbeiter aus dem mittleren Dienst, also aus der Vollstreckung oder Stadtkasse, könne man nicht mit Controllingfragen oder der Haushaltsaufstellung betrauen. Insofern gebe es in einigen Bereichen Überstunden und in anderen nicht. Das führe zu der Zahl, die Herr Henkel genannt habe. Personalwirtschaftlich könne er da nicht gegensteuern, weil das Personal für die Aufgabenstellung nicht beliebig verschoben werden könne. Die Situation sei daher inhomogen.

Herr Dr. Engel unterstützt die Vorgehensweise, weil es zeige, dass man durch vernünftige Führung, durch vernünftige Leitung und durch vernünftige Prozesse schaffen könne, effizient zu arbeiten und das genau der Weg sei, der in den nächsten Jahren gebraucht werde. Wenn man immer mehr Personal aufbaue, werde man dieses in Zukunft gar nicht mehr finden, weil der demografische Wandel dies unterbinde. Wenn man aber als Kommune oder als Staat im Ganzen handlungsfähig sein möchte, brauche man genau solche Konzepte, wie sie da umgesetzt würden.

Herr Waldschmidt kommt auf die Stellungnahme des Personalrates zu sprechen. Der Personalrat teile mit, dass dort bereits viele Überlastungsanzeigen eingegangen seien. Das sehe er immer als Warnzeichen. Überlastungsanzeigen in einer größeren Zahl bedeuteten schon, dass etwas nicht funktioniere.

Herr Eggert sagt, die Stellungnahme des Personalrates betreffe viele oder alle Bereiche, was in anderen Ausschüssen und an anderer Stelle auch schon bekannt gegeben worden sei. Das sei eine große gesamtstädtische Herausforderung. Jeder arbeite daran und die Haushaltskonsolidierung werde ihr Übriges dazu beitragen. Man müsse die effizienteste Bearbeitung der Prozesse erreichen. Man sei an dem Punkt, dass man einiges versuche, um gegenzusteuern, ob das letztlich genug sei, sei tatsächlich eine berechnete Frage. Aber man bemühe sich nach Kräften. Der Fachbereich 2 stelle keinen Einzelfall dar.

Herr Waldschmidt merkt an, dass ihm die Situation des Fachbereiches 2 besonders aufgefallen sei. Auch die anderen Fachbereiche hätten zu ihrer Personalsituation Stellung genommen. So eklatant wie das hier im Fachbereich 2 der Fall sei, sei ihm das bei den anderen Fachbereichen nicht aufgefallen. Herr Schäfer hätte erklärt, es sei einiges im Umbruch, daher bittet er, nach einem halben Jahr unterjährig mitzuteilen, ob sich die Situation im Wesentlichen geändert oder nicht geändert habe.

Zumindest sei er der Meinung, dass die Situation, wie sie zurzeit bestehe, nicht tolerabel sei.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

14. Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2023 *0578/2022/1*

Herr Henkel äußert, dass die CDU-Fraktion bei Punkt 4 die Stellen FB 1-11 Sachbearbeitung Recruiting, bei FB 4-40 die Sachbearbeitung Schul IT/Support und die Stellen des Fachbereiches 10 unterstütze.

Herr Dr. Engel bestätigt, dass die FDP-Fraktion die Schaffung der Stellen der Feuerwehr aufgrund der durchgeführten Untersuchung für notwendig erachte und unterstütze. Bei den restlichen Stellenmehrungen würde man sich eine Kompensierung aus den aktuellen Stellen heraus

wünschen, sodass es netto nicht zu einer Stellenmehrung komme, weil die Stellenanzahl bereits im letzten Jahr deutlich erhöht worden sei.

Herr Röhr gibt zu Protokoll, dass die Fraktion Freie Wählergemeinschaft den Stellen insgesamt der Vorlage entsprechend zustimmen werde, man aber bei den Stellen der Fachbereiche 1, 8, 10 und des Abfallwirtschaftsbetriebes Bedenken gehabt habe.

Der Ausschuss folgt dem Beratungsergebnis des Hauptausschusses und gibt dem Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion folgende Beschlussempfehlung:

Die unter den Punkten 2, 3.1, 3.2 und 4 dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Im Übrigen wird Kenntnis genommen.

15. Satzung zur Unterstützung der Sanierung des Haushaltes der Stadt Bergisch Gladbach und zur Sicherstellung einer nachhaltigen Haushaltswirtschaft
0154/2023

Herr Dr. Bacmeister erläutert den gemeinsamen Änderungsantrag von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ihnen käme es insbesondere darauf an, dass bei allen Investitionen sämtliche Kosten von der Herstellung bis zum Rückbau gerechnet werde und auch der ökologische Aspekt solle sowohl bei Bauten als auch Fahrzeugen Berücksichtigung finden. Man freue sich darüber, dass neben der ökonomischen auch die ökologische Nachhaltigkeit in dieser Satzung verankert werden konnte.

Herr Henkel bedankt sich für die Ausführungen; inhaltlich unterstütze die CDU-Fraktion diese Auffassung vollkommen.

Man sei durch die Aufnahme der klimatischen Auswirkungen in den Vorlagen davon ausgegangen, dass dies bereits gängige Praxis in der Verwaltung sei.

Den Ansatz, dass man den gesamten Lebenszyklus eines Produktes betrachte, finde er sehr gut. Dies sollte nicht nur bei Produkten sondern auch bei ganzen Dienstleistungen erfolgen.

Herr Haasbach erklärt, dass es mittlerweile drei verschiedene Anträge gebe, über die der Reihe nach abgestimmt werden müsse.

Herr Dr. Engel weist darauf hin, dass es darum gehe, eine Haushaltssatzung zu beschließen. Inhaltlich sollte man sich darauf fokussieren, was am Ende haushaltsrelevant sei und den Rahmen nicht unendlich erweitern. Er gebe zu dem Änderungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu bedenken, dass man es am Ende schaffen müsse, durch Investitionen auch die Infrastruktur Instand zu halten, zu erneuern und zu modernisieren. Wenn man an jeder Stelle immer mehr bürokratische Hürden einbaue, werde das Bauen immer schwieriger. Die FDP-Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Dem Änderungsantrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft würde man hinsichtlich der §§ 11 und 12 zustimmen. Hinsichtlich der §§ 9 und 10 sei man der Meinung, dass dies inhaltlich nicht verkehrt sei, aber nicht Gegenstand einer Haushaltssatzung sein sollte.

Frau Bischoff beantragt im Namen der CDU-Fraktion die Gesamtvertretung dieses Tagesordnungspunktes in den Rat.

Herr Kochan äußert, dass die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD beschlussfähig seien; man werde dem Vertagungsantrag nicht zustimmen.

Herr Röhr sagt, dass die Fraktion Freie Wählergemeinschaft dem Vertagungsantrag nicht zustimmen werde. Ein weiteres Verschieben bringe nur Schwierigkeiten und gefährde die Ernsthaftigkeit.

Herr Dr. Engel äußert, dass auch die FDP-Fraktion dem Vertagungsantrag nicht zustimmen werde. Für sie gehörten Nachtragssatzung und der Haushalt zusammen. Der Finanzausschuss sollte eine klare Auffassung darüber haben, was man haushalterisch in dieser Stadt anstrebe.

Herr Haasbach lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Vertagungsantrag wird gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Herr Röhr erläutert den Änderungsantrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft. Man begrüße die Einbringung der Satzung sehr; sie unterstreiche die Ernsthaftigkeit, mit der man an die Probleme herangehe.

Der Punkt Zanders sei seiner Fraktion ein äußerst wichtiger; dieser sei ein Schlüssel, um Einnahmen zu generieren. Bei den finanzpolitischen Entscheidungen würde man sich wünschen, dass ein Abgleich mit dieser Satzung stattfindet und überprüft werde, ob man sich dies in Zukunft überhaupt leisten könne; das sei in der Vergangenheit etwas zu kurz gekommen. Außerdem müsse das Controllingssystem verbessert werden. Das unterjährige Controlling mit der Quartalsberichterstattung sei sehr sinnvoll und könne durch besondere Index-Werte angereichert werden.

Herr Kochan äußert, dass die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Änderungsantrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft zustimmen würden. Hier seien sinnvolle Elemente enthalten.

Die Berücksichtigung der ökologischen Bewertungen bei Investitionen im Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stelle, wie von Herrn Henkel dargelegt, lediglich eine Konkretisierung und Präzisierung dar.

Herr Dr. Engel beantragt, dass über die Punkte des Antrages der Fraktion Freie Wählergemeinschaft einzeln abgestimmt wird.

Herr Haasbach erläutert, dass er die Abstimmung nach Eingangszeitpunkt der Anträge sortiere.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 14.03.2023 wird gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei Enthaltungen der Fraktionen FDP und Bergische Mitte mehrheitlich abgelehnt.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.03.2023 wird mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Herr Haasbach lässt über die einzelnen Punkte des Änderungsantrages der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 22.03.2023 abstimmen.

Der Ausschuss stimmt dem § 9 des Änderungsantrages der Fraktion Freie Wählergemeinschaft mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion zu.

Der Ausschuss stimmt dem § 10 des Änderungsantrages der Fraktion Freie Wählergemeinschaft mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion zu.

Der Ausschuss stimmt dem § 11 des Änderungsantrages der Fraktion Freie Wählergemeinschaft einstimmig zu.

Der Ausschuss stimmt dem § 12 des Änderungsantrages der Fraktion Freie Wählergemeinschaft einstimmig zu.

Herr Haasbach lässt abschließend über die Nachhaltigkeitssatzung einschließlich der hier beschlossenen Änderungen abstimmen.

Der Ausschuss gibt dem Rat einstimmig bei Enthaltungen der CDU-Fraktion folgende geänderte Beschlussempfehlung:

Die der Vorlage als Anlage beigefügte Satzung zur Unterstützung der Sanierung des Haushaltes der Stadt Bergisch Gladbach und zur Sicherstellung einer nachhaltigen Haushaltswirtschaft (Haushaltssanierungs- und Nachhaltigkeitssatzung) wird mit den im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften entschiedenen Änderungen beschlossen. Die Satzung tritt am 01.04.2023 in Kraft.

(Die aktualisierte Fassung der Nachhaltigkeitssatzung mit den in diesem Ausschuss beschlossenen Änderungen ist allen Ratsmitgliedern vor der Ratssitzung am 28.03.2023 zugegangen.)

16. Haushalt 2023 **0171/2023**

Her Eggert wirbt noch einmal für den eingebrachten Haushalt. Das sei vielleicht ziemlich selbstbewusst, aber er behaupte, dass dies qualitativ der beste und zeitgleich aufwendigste Haushalt sei, der seit Langem aufgestellt worden sei. Der spätere Zeitpunkt der Einbringung sei sicherlich förderlich gewesen. Anerkannt werden müsse, dass alle Bereiche der Verwaltung hier mitgegangen seien, insbesondere in diesem sogenannten Punkt des Überrollens. Alle politischen Forderungen, die parteiübergreifend und korrekt gewesen seien, seien hier umgesetzt; der aufgabenkritische Prüfansatz, die Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses aus dem letzten Jahr als auch der Ansatz, aus eigener Kraft heraus etwas zu erreichen. Man dürfe nicht immer in den Modus verfallen, dass die Kommunen strukturell unterfinanziert seien, man daran nichts ändern könne und einen Haushalt stetig fortschreibe. Natürlich sei hier mit einem gewissen Optimismus geplant; damit sei man aber nicht alleine.

Aus Sicht der Verwaltung habe man den politischen Auftrag der Haushaltskonsolidierung angenommen und im ersten Schritt bestmöglich umgesetzt.

Über die Anerkennung durch ein positives Votum würde er sich freuen.

Einige Wochen vor der Einbringung sei man noch von einem pflichtigen Haushaltssicherungskonzept (kurz HSK) ausgegangen; das habe man erfolgreich umgehen können. Mit dem freiwilligen Haushaltssicherungskonzept habe man den Blick in Richtung Zukunft gelenkt. Die Nachhaltigkeitssatzung, das freiwillige Haushaltssicherungskonzept und die Haushaltssatzung bildeten einen Dreiklang; das seien die drei Instrumente, um eigenverantwortlich die Haushaltslage der Stadt zu verbessern.

Herr Waldschmidt erklärt die Punkte des gemeinsamen Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Es seien 1.650 Unterschriften für die Seniorenbegegnungsstätten gesammelt worden; diese werde er gleich an Herrn Haasbach als Vorsitzenden des Finanzausschusses übergeben. Die HSK-Maßnahme der Reduzierung der Seniorenbegegnungsstätten solle gestrichen werden; eine Schließung sei aus sozialen Gründen nicht zu verantworten. Vor allem für mobilitätseingeschränkte Senioren müsse es in jedem Ortsteil eine Seniorenbegegnungsstätte geben.

Auch die Maßnahme zur Erhebung von Sporthallenbenutzungsentgelte sollte als HSK-Maßnahme gestrichen werden. Die Vereine hätten durch die Corona-Pandemie bereits erhebliche Einbußen hinnehmen müssen, teilweise kämpfen diese bis heute um die Erhaltung des Vereins. Der Vereinssport sei gesundheitsförderlich; mit der Einführung von Sporthallenbenutzungsentgelten werde am falschen Ende gespart.

Die HSK-Maßnahme zur Reduzierung der Schülerfahrtkosten müsste ebenfalls gestrichen werden. Man wolle das bisherige Solidarmodell beibehalten, da dies auch eine Frage der Nachhaltigkeit sei. Man gebe den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit mit dem ÖPNV, zur Reduzierung des Individualverkehrs, selbstständig zu Sportstätten und Musikschulen zu kommen.

Auch die HSK-Maßnahme der Schließung der Bürgerbüros in Bensberg und Refrath solle entfallen. Diese Außenstellen hätten eine ganz wichtige Funktion für Menschen, die nicht digital bewandert seien. Auch für Senioren sei es wichtig, einen Ansprechpartner vor Ort zu haben. Man

stelle sich vor, dass die Bürgerbüros Stadtteilbüros werden. Das heißt diese Büros sollen dann auch von den Vereinen genutzt werden; für die Nutzung sollten die Vereine dann Mieten entrichten; so erziele man dann entsprechende Einnahmen und unterstütze die Haushaltskonsolidierung.

Aus sozialen und umweltpolitischen Gründen seien diese vier Maßnahmen aus der Haushaltskonsolidierung herauszunehmen. Auch wenn man diese vier Maßnahmen streichen würde, bliebe man im freiwilligen HSK.

Herr Haasbach nimmt die Unterschriftensammlung an und übergibt sie in der anstehenden Ratssitzung an Herrn Stein.

Herr Dr. Engel lobt, dass der vorgelegte Haushalt von Herrn Eggert mit dem freiwilligen HSK genau die Richtung sei, in die man zur Vermeidung eines pflichtigen HSK gehen müsse. Eine solide Haushaltspolitik sei auch eine nachhaltige Sozialpolitik. Im Vorfeld des Beschlusses eines freiwilligen HSK sollten keine Maßnahmen gestrichen werden. Am Ende führe dies sonst dazu, dass aufgrund eines pflichtigen HSK ab 2026 nur noch sehr reduzierte freiwillige Leistungen angeboten werden könnten.

Dem eingebrachten Haushaltsentwurf würde man zustimmen; sollte das freiwillige HSK im Vorfeld gelockert werden, werde man dem Haushalt nicht zustimmen.

Herr Henkel führt rein inhaltlich zum Änderungsantrag aus, dass dort Punkte dabei seien, unter anderem die vier Punkte unter I, bei denen gesagt werde, dass der Haushalt da nicht stimme und dementsprechend reagiert werden müsse.

Aber die ganze Liste sei um einiges weiter, was die CDU-Fraktion an diesem Haushalt zu kritisieren habe. Teilweise seien Einzelbeträge in Höhe von 500 € gestrichen worden, wobei man sagen müsse, dass man damit den großen Umschwung nicht erreiche.

Der vorliegende Haushalt führe sukzessiv in die Haushaltssicherung 2026; im Endeffekt sei dies eine Katastrophe. Man müsse viel schneller gegensteuern, damit es nicht dazu komme.

Mit einem pflichtigen HSK drohe wieder ein Kreditdeckel. Dadurch zerfalle dann die Infrastruktur noch weiter. Man müsse die Haushaltssicherung um jeden Preis verhindern und maßvoll investieren. Dieses Maßvolle könne man in der großen Gesamtheit dieses Haushaltes gar nicht erkennen. Daher werde man gegen diesen eingebrachten Haushalt stimmen.

Herr Röhr äußert, dass seine Fraktion das HSK für einen richtigen und wichtigen Ansatz erachte.

Man könne die Streichung der vier Maßnahmen nur zum Teil unterstützen; bei den Seniorenbegegnungsstätten würde man von fünf auf vier gehen; darin sehe er kein Problem, da im Stadtteil Hand zwei Begegnungsstätten sehr nah beieinander lägen.

Bei den Bürgerbüros unterstütze er den Vorschlag der Stadtteilbüros.

Insofern werde man dem Antrag nur teilweise zustimmen. Dem Haushalt hingegen werde man zustimmen. Es sei der richtige Ansatz; er gehe dennoch davon aus, dass das HSK in Zukunft weiterentwickelt werden müsse.

Herr Eggert korrigiert aus seiner Sicht, dass der eingebrachte Haushalt in 2026 nicht direkt zu einem pflichtigen HSK führe. Er zeige lediglich in der Rechnung, dass man trotz des freiwilligen HSK unweigerlich dort hineinlaufe, manifestiere dies aber nicht; entsprechend solle die Satzung zur nachhaltigen Haushaltswirtschaft gegensteuern. Wie zu sehen sei, sei ein Übereinbringen der verschiedenen Interessen nicht immer ganz einfach. In der Zwischenzeit gebe es verschiedenste Gegensteuerungsmaßnahmen, die eingesetzt und eingefordert werden könnten.

Herr Haasbach fasst zusammen, dass es drei Punkte der Abstimmung gebe: Das freiwillige HSK, den Haushalt und die Anpassung des Deckungsvermerkes. Nach den nächsten Wortbeiträgen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion Bergische Mitte wolle er zur Abstimmung kommen.

Herr Dr. Bacmeister erläutert, dass man doch sehe, dass man sich auf einem deutlichen Konsolidierungspfad befinde. Auf der anderen Seite müssten die Investitionsmöglichkeiten genutzt werde, weil sich in der Verkehrsinfrastruktur über 15 Jahre nichts getan hätte und dort dringender Nachholbedarf bestehe. Der Beschluss des HSK sei ein deutlicher Hinweis, dass man sich

bemühe, nicht in die Haushaltssicherung zu gelangen. Seine Fraktion halte den Haushalt für einen guten Weg. Man werde zustimmen.

Herr Herrmann äußert, dass der ein oder andere Posten im vier- oder fünfstelligen Bereich noch hinterfragt werden könne, aber man sehr viele Posten sehe, die man nicht verändern könne. Der Sanierungsbedarf im Schulbereich sei sehr groß, die Umsetzung wolle man nicht bremsen. Er erachte den Haushalt als sehr durchsichtig.

Herr Henkel sagt, dass die Gesamtverschuldung 2020 der Prognose nach bei 307 Millionen Euro gelegen habe; bis Ende des Jahres solle die Verschuldung dann 478 Millionen Euro betragen. Das sei untragbar und verantwortungslos gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Da müsse man entsprechend andere Kompensationsmöglichkeiten finden und suchen.

Herr Kochan ergänzt, dass der Haushalt so wie er mit den Ergänzungen und den flankierenden Maßnahmen des freiwilligen HSK und der Haushaltssatzung vorliege, ein guter Weg sei, eben beides zu tun. Man wolle investieren und gleichzeitig die Haushaltssicherung vermeiden.

Herr Haasbach lässt zunächst über die Änderungen des freiwilliges HSK abstimmen:

Der Empfehlung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann, die „Reduzierung der Seniorenbegegnungsstätten“ zu streichen, wird mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion Freie Wählergemeinschaft zugestimmt.

Der Empfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport, die HSK-Maßnahme „Erhebung von Sporthallennutzungsentgelten“ zu streichen, wird mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion Freie Wählergemeinschaft zugestimmt.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD, die HSK-Maßnahme „Reduzierung der Schülerfahrtkosten“ zu streichen, wird einstimmig bei Enthaltungen der FDP-Fraktionen und der Fraktion Bergische Mitte zugestimmt.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD, die HSK-Maßnahme „Schließung Bürgerbüros Bensberg und Refrath“ zu streichen, wird einstimmig bei Nichtabgabe der Stimmen von FDP-Fraktion (siehe Anlage zur Niederschrift) und Fraktion Bergische Mitte zugestimmt.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD, betreffend der HSK-Maßnahme „Wegfall des Zuschusses für den Wohnmobilstellplatz am Kombibad“, mit dem für Tourismus zuständigen Kreis Gespräche mit dem Ziel einer weniger defizitären Übernahme der Tätigkeit zu führen, den Ausschuss über das Ergebnis dieser Gespräche zu informieren und falls die Gespräche zu keinem Ergebnis führen, den zuständigen Fachausschüssen die Umsetzung der HSK-Maßnahme vorzuschlagen, wird mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion Freie Wählergemeinschaft zugestimmt.

Unter Berücksichtigung der vorherigen Abstimmungen wird dem Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion Bergische Mitte empfohlen, dem freiwilligen Haushaltssicherungskonzept in Gänze zuzustimmen.

Herr Haasbach erläutert, dass als zweiter Abstimmungspunkt der Haushalt folge. Hier habe es eine Änderungsempfehlung aus dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport gegeben: Zusätzliche Mittel für den Kultursommer.

Frau Bischoff erläutert, dass es um 10.000 € gehe, die zusätzlich im Haushalt für den Kultursommer eingestellt werden sollten. Das seien Open-Air-Veranstaltungen im Sommer, die

vom Kulturbüro organisiert würden. Eventuell würden diese 10.000 € durch eine Förderung der Kreissparkasse gegenfinanziert werden. Eine Zusage dieser Förderung werde aber erst im Juni erfolgen. Man hätte die Zusage des ehemaligen Fachbereichsleiter 4, Herrn Rockenberg, und auch von Frau Weymans, dass die 10.000 €, wenn die Förderung nicht kommen sollte, aus dem laufenden Haushalt bereitgestellt werden könnten.

Im Fachausschuss sei man sich einig gewesen, dass dieser Kultursommer für die Stadt sehr viel Mehrwert und Lebensqualität bringe und in den vergangenen zwei Jahren durchaus gut besucht gewesen sei. Das Vorberatungsergebnis sei einstimmig gewesen.

Herr Dr. Engel würde diesem Änderungsvorschlag unter der Voraussetzung folgen, dass der Kultursommer nur durchgeführt werde, wenn die Gegenfinanzierung der Kreissparkasse komme.

Der Empfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport für den Kultursommer 2023 zusätzlich 10.000 € bereitzustellen wird einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion entsprochen.

Der vorgelegten Änderungsliste im Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft zur „Finanziellen Zuwendung des Landes NRW aus dem Belastungsausgleichsgesetz G9“ wird einstimmig bei Enthaltungen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bergische Mitte zugestimmt.

Der vorgelegten Änderungsliste im Hauptausschuss zusätzliche konsumtive Mittel für die kommunale Wärmeplanung einzuplanen wird einstimmig bei Enthaltungen der Fraktion Bergische Mitte zugestimmt.

Der Empfehlung des Hauptausschusses zusätzliche konsumtive Mittel für die Stelle „Marketing und Öffentlichkeitsarbeit der kulturellen Einrichtungen“ bereitzustellen, wird einstimmig bei Enthaltungen der FDP-Fraktion und der Fraktion Freie Wählergemeinschaft zugestimmt.

Unter Berücksichtigung der vorherigen Abstimmungen wird der Haushaltssatzung in Gänze mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion Bergische Mitte zugestimmt.

Herr Haasbach kommt zur Abstimmung des Deckungsvermerkes.

Dem zusätzlichen Deckungsvermerk „Die investiven und konsumtiven Ein- und Auszahlungen/Erträge und Aufwendungen für die Maßnahmen des Mobilitätskonzepts bilden über die Produktgruppen 09.022 Mobilität und Stadtentwicklung sowie 12.760 Bau-, Unterhaltungs- und Planungsaufgaben an Verkehrsflächen und -anlagen betrachtet jeweils ein Budget.“ wird mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion Bergische Mitte zugestimmt.

17. Anträge der Fraktionen

Keine

18. Anfragen der Ausschussmitglieder

Keine

Herr Haasbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:17 Uhr.

gez. Hans Josef Haasbach
Ausschussvorsitzender

gez. Anna-Lena Rohde
Schriftführung